

Geld für ungelernete Arbeitskräfte

Tages-Anzeiger,
13.2.2015

Die Parteien sind sich einig: Weibliche, ältere und ungelernete Arbeitnehmende sind der Schlüssel für die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative innerhalb der Schweiz. Damit die Wirtschaft weniger ausländische Arbeitskräfte braucht, sollen diese Gruppen stärker gefördert werden. Doch das vom Bundesrat angeschlagene Tempo für die Fachkräfteinitiative ist vielen Parlamentariern zu langsam. Konkrete Massnahmen fehlten, kritisieren Politiker von links bis rechts. Gestern hat die Bildungskommission des Nationalrats nun eine eigene Massnahme verabschiedet: Der Staat soll Erwachsenen ohne Berufslehre die Ausbildung finanzieren. (bua) - Seite 7

Parlamentarier verlieren die Geduld

Die Fachkräfteinitiative des Bundesrats geht vielen Politikern zu langsam voran. Nun macht die Bildungscommission mit eigenen Ideen für ungelernete Arbeitskräfte vorwärts.

Tages-Anzeiger, 13.2.2015

Anja Burri
Bern

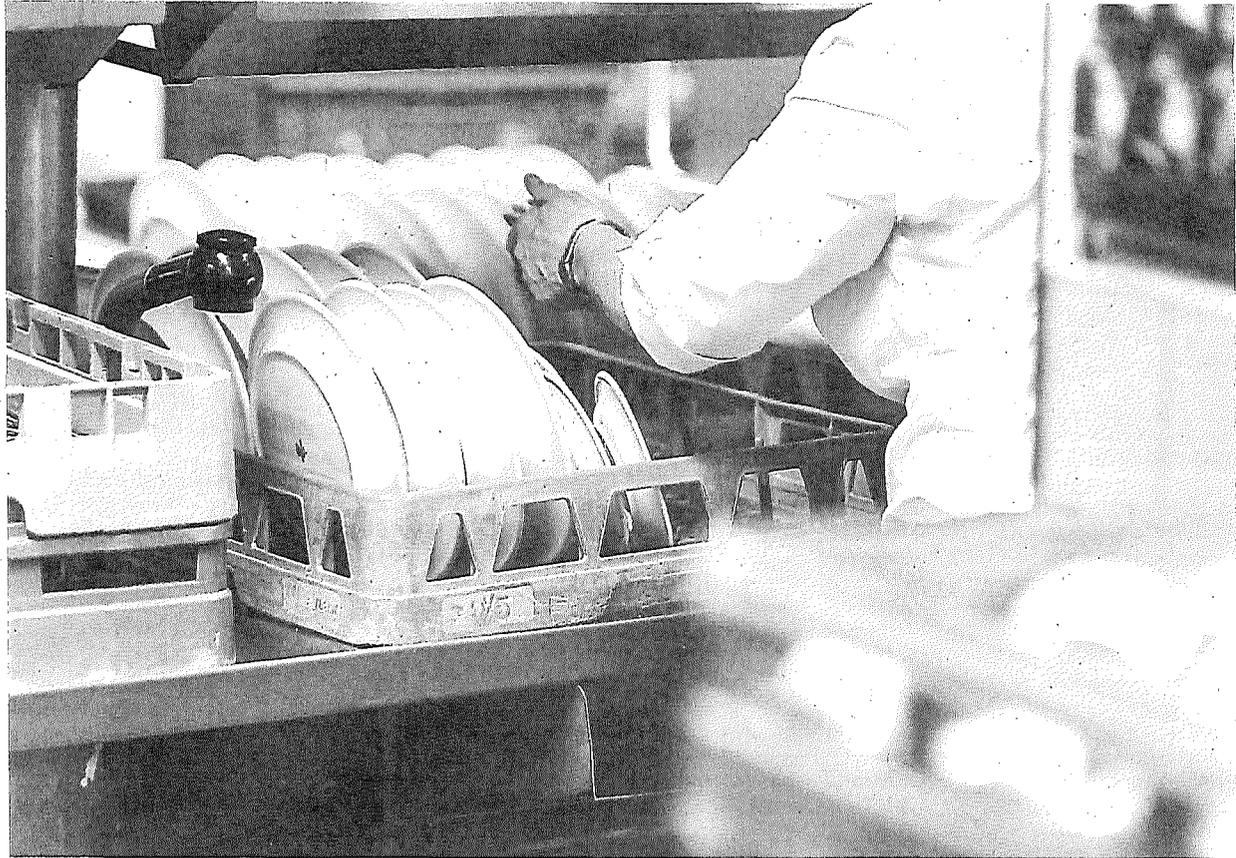
Es gibt einen Punkt, bei dem sich Befürworter und Gegner der Masseneinwanderungsinitiative einig: Wird die Zuwanderung begrenzt, muss die Schweizer Wirtschaft das Potenzial der inländischen Arbeitskräfte besser nutzen. Dazu gehören Frauen, ältere Arbeitnehmende und Ungelernte. Letztere Gruppe ist mit über 600 000 Personen, die weder eine Berufslehre noch eine Matura abgeschlossen haben, gross.

Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann kündigte am Mittwoch erneut Massnahmen an, die es diesen Erwachsenen erleichtern sollen, einen Berufsabschluss nachzuholen. Bloss: Konkrete Pläne sind bis jetzt noch nicht öffentlich geworden. Das ärgert Parlamentarier von der SP bis zur SVP. «Wieder und wieder werden Massnahmen angepöpst. Doch auf dem Tisch liegt immer noch nichts», sagt SVP-Nationalrat Felix Müri (LU). Er hat deshalb vor einigen Monaten in Kooperation mit SP-Ständerätin Anita Fetz (BS) zwei Vorstösse lanciert - je einen im National- und im Ständerat. Die beiden fordern einen Fonds, aus dem den Erwachsenen eine Lehre finanziert werden könnte. Die Ausbildung soll kostenlos sein, und die Lernenden sollen während der intensiven Prüfungsvorbereitungsphase Erwerbersatz erhalten.

Gestern hat die Bildungscommission des Nationalrats (WBK) Müris parlamentarische Initiative mit 14 zu 4 Stimmen bei 7 Enthaltungen überwiesen. Vorbehalte kamen vor allem vonseiten der FDP und Teilen der SVP. Auch das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) hatte den Vorstoss zur Ablehnung empfohlen. Die Fragen rund um die berufliche Grundbildung der Erwachsenen würden bereits umfassend angegangen, schreibt es in einer Notiz an die Parlamentarier.

Warten bis 2017

Alles, was zusätzliches Geld kostet, muss aber noch bis zum Jahr 2017 warten: Denn die Massnahmen sollen mit dem Bildungskredit für die Jahre 2017 bis 2020 finanziert werden. Für die sogenannte BFI-Botschaft läuft hinter den Kulissen seit Monaten ein regelrechter Verteilungskampf - es wird unmöglich sein, alle Forderungen zu berücksichtigen. Und am Ende muss das Parlament den Kredit absegnen. «Bis dann ist es zu spät», sagt Anita Fetz. Sie rechnet damit, dass auch die Bildungscommission des Ständerats den Fonds für die Nachholbildung gutheissen wird. Damit der Fonds im Parlament eine Chance hat, schlagen Müri und Fetz für den Bund eine kostenneutrale Finanzierung vor: Der Bund soll während vier Jahren höchstens 50 Millionen Franken pro Jahr zur Verfügung stellen, die Kantone insgesamt höchstens 33 Millionen pro Jahr. Der Bund soll das Geld aus dem bereits bestehenden Fonds für innovative Projekte der Berufsbildung nehmen. Dieser wird nicht mehr ausgeschöpft: Im Jahr 2013 blieben 35 Millionen Franken liegen.



Über 600 000 Personen in der Schweiz haben keine Berufslehre oder Matura abgeschlossen. Foto: Christian Beutler (Keystone)

Den Handlungsbedarf sehen nicht nur Politiker, sondern auch Wissenschaftler. «Die Hürden für einen späten Lehrabschluss sind heute sehr gross», sagt Markus Maurer, Professor für Berufspädagogik an der Pädagogischen Hochschule Zürich. Eine erwachsene Person könne es sich zum Beispiel kaum leisten, für einen Lehrlingslohn zu ar-

beiten. Aus der Sicht Maurers müsste die Berufslehre für Erwachsene zudem flexibler sein und vor allem auch die einschlägige Berufserfahrung der Arbeitenden stärker berücksichtigen. Oft wüssten die Leute schon viel über den Beruf, aber ihnen fehlten die sprachlichen Kompetenzen, um den Schulstoff zu bewältigen. In diesem Bereich brau-

che es also zusätzliche Unterstützung. Maurer, der an einem Buch zum Thema arbeitet, sieht grosses Potenzial zum Beispiel für die Bau- oder Gastrobranche, wo traditionell viele Ungelernte arbeiten. Es liefen in verschiedenen Branchen Bemühungen. Mithilfe von Anschubfinanzierungen durch den Bund könnte aber noch mehr geschehen.

Arbeitsmarkt

Schneider-Ammanns «magere» Vorschläge

Der Bundesrat will, dass mehr Arbeitskräfte im Inland rekrutiert werden. Wie das zu erreichen ist, bleibt unklar.

Markus Brotschi
Bern

Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann kündete am Mittwoch zusätzliche Massnahmen zur Rekrutierung inländischer Arbeitskräfte an. Bei näherer Betrachtung erweisen sich allerdings wenige dieser Begleitmassnahmen als neu - mit Ausnahme der vorzeitigen Publikation von Stelleninseraten des Bundes bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV). Künftig wird der Bund seine offenen Stellen den RAV fünf Tage im Voraus bekannt geben, um die Chancen der Arbeitslosen zu erhöhen.

Die restlichen Begleitmassnahmen haben keinen direkten Zusammenhang

mit der Masseneinwanderungsinitiative und sind bereits länger in Arbeit. So gibt es die von Schneider-Ammann erwähnte Vorgabe des Bundes, 2 Prozent der Stellen mit behinderten Menschen zu besetzen, schon seit mehreren Jahren. Festgehalten ist dies in der Personalstrategie des Bundes. Ende 2013 betrug der Anteil 1,4 Prozent. Und die von Schneider-Ammann angeführte Revision der Invalidenversicherung (IV) hat keinen direkten Zusammenhang mit der Masseneinwanderungsinitiative. Die Revision dient der Sanierung der IV. Auch die erwähnte Behindertengleichstellungsstrategie hat das Departement Berset bereits in Arbeit. Einen direkten Zusammenhang zur SVP-Initiative gibt es auch hier nicht.

Wenig konkret sind die Massnahmen zur Rekrutierung von mehr medizinischem Personal im Inland. Ob zu den bis 2017 bereits beschlossenen zusätzlichen 300 Studienplätzen für Medizin weitere dazukommen, wird der Bundesrat erst mit dem nächsten Bildungskredit (2017-

2020) entscheiden. Klargestellt hat der Bundesrat am Mittwoch nur, dass eine weitere Aufstockung der Medizinstudienplätze nicht zulasten anderer Studienrichtungen gehen darf. Wie Ärzte und das Pflegepersonal zur Erhöhung ihrer Teilzeitpensen motiviert werden sollen, ist ebenfalls unklar. Und mit welchen zusätzlichen Massnahmen Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene besser in den Arbeitsmarkt integriert werden, liess Schneider-Ammann weitgehend offen.

Der Arbeitnehmerverband Travail-suisse hält die präsentierten Massnahmen denn auch für «mager». Dafür, dass seit Annahme der SVP-Initiative ein Jahr verstrichen sei, sei wenig herausgekommen, sagt Gabriel Fischer, zuständig für Wirtschaftspolitik bei Travail-suisse. Positiv sei die vorzeitige Meldung der Bundesstellen an die RAV. Wichtiger wäre die vorzeitige Publikation aber bei anderen Arbeitgebern, die wesentlich stärker Personal im Ausland rekrutierten als die Bundesverwaltung.